

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Ziebau-, u. Dachdeckbetrieben, in der Rachenlofen- u. Stützzeugindustrie, in Schweißbetrieben und Glasereien, in Buger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Steinholy- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Monats Monatsfr. 1932

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernr.: 7 000 001, 7 650, 7 651, 7 652, Postfach 62, Berlin SW 62

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Postfach 62, Berlin SW 62

Nach den Wahlen . . .

Bei den diesmaligen Preußenwahlen hatten wir schon im voraus auf etwa 100 Sitze Mandate getippt. Dies ist eingetroffen. Die innerpolitische Lage Deutschlands liegt den extremen Parteien äußerst günstig. Sechs Millionen Arbeitslose sind kein Pappentier, auf die Dauer gesehen sogar

eine große politische Gefahr.

Wer forscheft zum Stempeln verurteilt ist, wer sich von einem Arbeitsnachweis zum andern die Sachen abläßt, aus der Fabrik, vom Bau, aus den Büros oder der Werkstatt dauernd vertrieben ist, der verliert allmählich den Blick für reale Wirklichkeiten, er wirft sich der Partei an den Hals, die ihm ohne jedwede Gewissenskrampel unbedingtes Heil verspricht. Und bei den Nazis wird sehr oft „Heil“ gerufen. Allerdings nur gerufen. Gewonnen wird es durch diese „Heil“-Armee nicht. Deutschland würde, falls die Nazis in den ausstehenden Wahlen und im Reich zur Regierungsmacht gelangen, nur noch tiefer in die politische und wirtschaftliche Krise schlittern. Aber es ist nun mal so: Die Arbeitslosigkeit ist der gefürchtetste Helfer des müßigen Radikalismus. Dazu der Zusammenbruch vieler Mittelstandsklassen, der vielfach ungedeckter Steuerdruck, die Notverordnungen mit ihren entzweischneidenden Tendenzen, die Verschlebung der Sozialleistungen, der fortgeschrittene Lohnabbau — das alles schafft böses Blut, Unzufriedenheit und Haß und erweckt bei vielen das unstillbare Verlangen, es einmal

mit der „Heil“-Armee Hitlers zu versuchen.

Neueröffnete Läden warten vielfach mit doppeltem Rabatt auf, die Nazipartei verspricht sogar drei- und vierfachen Rabatt. So fallen in der politischen Kinderwelt Deutschlands viele auf den Nazischmelz herein. Und so mancher Nazijünger war erst „revolutionärer“ Kommunist; da aber das Kommunistentum keine Linderung der Tagespein brachte, wurde er sogenannter Nationalsozialist, zumal diese volksfreundlich getarnte Parteiverzerrung ein noch besseres Himmelreich verspricht als die Bolschewiken. Im Verprechen ist die Nazipartei unübertrefflich. Nach dem Wahlspruch der verfolgten Preußenkönige geben sie „Jedem das Seine“. Dem Proletariat versprechen sie Arbeit und Wohlgehen, dem Mittelständler ein enormes Aufblühen seines bankrotten Lebens, dem Schwerindustrie- und Bauarbeiter das notwendig Brauchene — eine maßvolle und willensvolle Arbeiterschaft und eine Befreiung von allen sozialen und steuerlichen Lasten, den abgehängten Generaln feste Pensionen, dem gestrandeten Vorkriegspolitiker neue, nie geahnte Aufstiegsmöglichkeiten, dem Prinzen die Königskrone, dem abenteuerten Kaufmann einen Schuppenkautschuk, sogar der Walfrau eine Walfischmaschine neuesten Kalibers — Hitler macht alles! Und so kam, was kommen mußte. Der Hitler-Laden erwies sich als der bei weitem zugräftigste, Egoisten und Dumme im Geiste ließen ihm zu, 30% aller Wähler und Wählerinnen votierten in Preußen für Hitler . . .

Solche „Wahlerfolge“ sind nur grenzenloser politischer Dummheit zu verdanken. Der Kampf der Hitler und Hugenberg gilt vor allem dem

an allem Anheil „schuldigen“ Drachen Marxismus.

Aber dies „Angehm“ widersteht ihren Streichen. Trotz aller Wichtigkeiten, trotz aller einschneidenden Vermählungen von Hakenkreuz, Stahlhelm und Sowjetstern, die Sozialdemokratie als den Hauptfeind und Sündenbock „anzuprangern“, trotz aller geschäftigen Verordnungen und Verleumdungen von links und rechts blieb der sozialdemokratische Sturm unerschütterlich; es gelang nur, von ihm da und dort etwas verwickelteren Kalkül abzuschärfen. Und die Kommunisten erkannten bei dieser Wahl trotz der ihnen weit günstigeren Tage keinerlei Vorzeichen. Sie haben prozentual mehr Stimmen eingebüßt als die Sozialdemokratische Partei. Schlimm jedoch ist es den Mittelparteien rechts und links vom Zentrum ergangen,

die Mittelparteien sind fast vollständig weggewischt worden. Der schmarotzende Raubhai Nazipartei hat sie fast reißlos verschluckt. Die marxistischen Mittelparteien sind fast erstickt im Füllhorn. Proleten springen in geradezu erschütternder Ahnungslosigkeit erst in neuerer Zeit in seinen Netzen.

Aus dem bisherigen Tatumwandel der vielen politischen und oft völlig sinnlosen Parteiwahlen in Deutschland schälen sich allmählich fünf Parteien heraus: die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistenpartei, die Nazis, die Deutschnationalen und das Zentrum. Diese Einschränkung der politischen Renner ist nur zu begrüßen. Nachdem die „zwischenparteilichen“ politischen Gruppen bei der Preußenwahl in Konkurrenz geraten sind, sollten sie von der Willkür der Scheun- und gänzlich verschwinden. Dadurch würde die politische Lebenskraft klärer. Die

Hitler- und Hugenberg-Beute kämpfen als Gegner jeden Kulturfortschritts

gegen Demokratie, gegen Freiheit, gegen Arbeiter- und Sozialrecht; die Sozialdemokratie dagegen kämpft für Fortschritte auf diesen Gebieten, die Kommunistische Partei fungiert weiter als Repräsentant furzer Agitationsbestimmtheit; das Zentrum an der Waage bildet dann das Zentrum, das je nach dem politischen Wetter nach links oder rechts gravitiert. So sieht es heute bereits in Preußen aus. Was dabei herauskommt, muß die Zukunft lehren. Wer in der letzten Wahlhälfte zusammenstrebende neue Landtag dürfte bald den neuen Regierungskurs aufzeigen.

Die „Harzburger Front“, unter sich uneins, aber einig im Haß gegen die Arbeiterbewegung, hat ihr Ziel nicht erreicht. Sie wollte bei diesem Wahlkampf in Preußen die Mehrheit erringen. Das ist ihr nicht gelungen. Trotzdem ist den Hitler-Kreuten auf Grund ihrer 102 Landtagsmandate der Größenwahn von neuem in den Schädel gesiegen. Großschönaußig wird verklärt, Hitler werde nunmehr den preußischen Ministerpräsidenten „ernennen“. Der gefühobene Parteibuchbeamte Hitler

hat gar nicht zu erkennen, nur die Landtagsmehrheit. Aber in der Großschönaußigkeit sind die Nazis Mandatoren. Darin übertrifft sie sogar das nicht sagen will — die Kommunisten. Zunächst bleibt in Preußen die Regierung Braun-Seydewitz am Ruder, und zwar solange, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt ist.

Auch bei den Wahlen in Bayern und Württemberg haben die Nazis das gesteckte Ziel nicht erreicht. Das kleine Württemberg dürfte dagegen eine Reichsregierung bekommen. Gut abgesehen hat bei der Wahl der Stadtstaat Hamburg. Dort besteht nunmehr die Weimarer Koalition eine einfache Mehrheit.

Landtagswahlen sind wichtig, sie haben jedoch nicht die überragende Bedeutung der Reichstagswahlen. Aber solche

Wahlen sind gute Gradmesser für die geistige und politische Reife

der Wählerschaft. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist das Wahlergebnis geradezu verheerend. Wenn die Großgrundbesitzer, die Herren von und zu Culenburg, die Bredow und die Zöllinge, die Kackerke, Lüdertze und Jengelisse für das Hakenkreuz votierten, wenn abgehängte Generale und Admirale der Reichsflotte, wenn die Prinzen, Fürsten und Schwerindustrie für den Gezeiten Hitler begeistert, so ist das zu verstehen. Diese Kreise, die das „Reiche Reich“ verkörpern, die das „alte Preußen“ mit all seinen Privilegien für die Reichen und Besitzenden herbeischnen, verhörrern

in ihrer Gesamtheit die Reaktion.

Für sie ist Hitler nur Werkzeug und der letzte Trumpf, mit dem sie das große Spiel der Stabilisierung ihrer Macht und der Volksentwertung gewinnen wollen. Das Gebäude des Privatkapitalismus kracht an allen Ecken und Kanten. Hitler soll es stützen und die früheren Zukunftsbesitzer des Oberrheinstaates wieder an die Pfänder und Futterkrippen bringen. Aber wenn Arbeiter und der geplagte Mittelstand der Nazipartei nachlaufen, einer Partei, die nur mit Wut, Verleumdung und Verleumdung arbeitet, einer Partei,

deren Führer in unbewachten Augenblicken ganz offen den ultrareaktionären Charakter dieses Parteigebildes herausstellen, so zeugt dies von einer

an Stumpfheit grenzenden Verneinung der nackten Wirklichkeit, von einer erschütternden politischen Unwissenheit großer Volkskreise. Es wird noch vieler Mühen bedürfen, um diese Wählermassen auf den rechten Weg zu bringen.

Das aber wird und muß gelingen. Schon bei diesen Wahlen waren die Wählerzeichen erkennbar, die dieser gleich einer geilen Kellerspinnweb aus dumpfem Mauerwerk emporgehobenen Parteienpartei den Garauß machen werden. Gemäß, mächtige und schmerzhafte Götter stützen dieses politische Zergerbeile. Aber schon hat Hamburg, schon hat Berlin bewiesen, daß die Nazisbäume nicht in den Himmel wachsen werden. Die Erfolge für die Sozialdemokratie und der Misserfolg der Nazis und Nazis in diesen beiden Großstädten zeugen davon, daß man mit den dort reichlicher zur Verfügung stehenden Aufklärungsmitteln dem Nazi- und Nazischwund sehr wohl erfolgreich entgegenzutreten kann. Man möge das nur verallgemeinern. Auch in anderen Gegenden zeigt sich eine

rückwärtige Bewegung des Hakenkreuzes.

Auch die Kommunisten, die aus ihrer früheren Wählerkraft etwa 800 000 Mann an die Nazipartei abgegeben haben dürfen, klagieren; ihr geschäftiger und brutaler Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die tagelangen Verleumdungen durch ihre Presse waren nicht insonde, ihre Reihen zu färrken.

Die Kommunisten haben teilweise sehr schwere Verluste erlitten; nur dort, wo man ihre Gemeingefährlichkeit noch nicht vollkommen erkannt hat, haben sie einige Fortschritte gemacht. Als Lehre aus diesen schweren Wahlkämpfen dieses Jahres sind es, an denen sich die Nazis und auch die Nazipartei die Schädel einrennen werden, die sie nicht erstürmen trotz aller hohen Demagogie, trotz Brutalität und Terror, trotz allen Schlagwortgegräpels und öden Nazigeschreies, trotz aller Not, trotz aller Unterstützung der Nazis durch reiche und mächtige Götter:

Der Zentrumsturm und der Gewerkschaftsturm.

Der Zentrumsturm kraft seiner starken Organisation, gepflügt und gehärfet durch die jahrelange katholische Weichheit und die kirchlich-politische Verbundenheit seiner Anhänger, der Gewerkschaftsturm kraft der tiefen Aufklärung, die seinen Millionen Anhängern in Wort und Schrift wird, kraft der unermüdbaren Schulung durch ihre Führer und Berater, kraft der gewonnenen Erkenntnis, alle wirtschaftlichen und politischen Weichheiten vorurteilslos zu befragen und nächsten zu beurteilen. Dazu das uns einende, unzerreißbare Band der sozialistischen Weltanschauung, das alle innig verknüpft zu beherzlichem vernunftgemäßem Handeln in der sicheren Hoffnung auf eine wenn auch schwer zu erkämpfende, so doch bessere Zeit! In diesem Sinne: Helft alle mit, um die Zügelbewegung unserer zahllosen Gegner zu zerreißen und Licht zu verbreiten über die Felle des Sozialismus! In diesem Zeichen liegen wir!

Vorwärts! Vorwärts! Vorwärts! Vorwärts!

Die Gewerbeaufsicht ist auch auf Bauten zuständig.

Bisher bestanden Zweifel darüber, ob die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Durchführung des Arbeitsschutzes auf Bauten zuständig sind. Der § 154, Abs. 4 der Gewerbeordnung wurde oft so ausgelegt, daß die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der VO, nicht schon von Welches wegen auf „Bauten, bei denen in der Regel weniger als 10 Arbeiter beschäftigt werden“ anzuwenden seien. Hierzu sollte es erst eines entsprechenden Beschlusses des Bundesrates — jetzt der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates — bedürfen. Jetzt ein solcher Beschluß, mußte bei derartigen Bauten die Zuständigkeit der Schutzvorschriften der §§ 135 bis 139b und damit die Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten im allgemeinen verneint werden.

In einem gemeinsamen Erlass des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. März 1932 — Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung Nr. 9/1932 — werden diese Zweifel beseitigt. Der § 154 Abs. 4 wird darin so ausgelegt, daß auf Bauten mit weniger als 10 Arbeitern zwar die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der VO, keine Anwendung finden — Arbeitszeitbestimmungen für jugendliche und weibliche Arbeiter — solange ein entsprechender Ausdehnungsbescheid der Reichsregierung nicht erlassen ist, dagegen unter die Bestimmungen des § 139b — Betriebsüberwachung —. In früheren Erlassen ist zwar angeordnet worden, daß sich die Ortspolizeibehörden der Überwachung der Bauausführungen im Interesse des Schutzes der Bauarbeiter gegen Krankheit und Unfälle anzunehmen haben und bei Bedarf besondere technisch vorgebildete Beamte von den Baubehörden anzustellen sind. Die Zuständigkeit der Gewerbe-

aufsichtsbeamten ist hierdurch zwar nicht aufgehoben, jedoch haben sich diese Beamten im Hinblick auf die Kontrolle durch die Baupolizei vielfach einer Bewachung der Bauten entzogen.

Die starke Verwendung von Arbeitsmaschinen aller Art, von Aufzügen und von sonstigen mechanischen Förderrichtungen sowie die Verwendung von elektrischem Strom, von Pressluft zu Gassnarbeiten, von Pressluftwerkzeugen und von Fachsprühmaschinen auf Hoch- und Tiefbauten lassen es bedenklich erscheinen, wenn sich die auf dem Gebiete des Unfall- und Gesundheitsschutzes besonders erfahrenen Gewerbeaufsichtsbeamten der Bewachung dieser Anlagen und Einrichtungen entziehen. Der Erlass erzieht deshalb die Regierungspräsidenten, die Gewerbeaufsichtsbeamten anzuweisen, sich der Bewachung wichtiger Bauarbeiten mehr als bisher anzunehmen. Bei den Bewachungen sollen sie ihr Augenmerk insbesondere auf mechanische Anlagen und Einrichtungen, auf die gesundheitsgefährdenden Arbeitsmethoden und auf die Einrichtungen der allgemeinen Arbeitssicherheit — gegebenenfalls im Einvernehmen mit der Baupolizei (einschließlich der Baukontrolleure) — richten. Dabei sollen aber Anordnungen auf dem Gebiete der Bauarbeiten selbst (beispielsweise Abstufungen, Gerüstbau, Ein- und Ausbauten bei Betonarbeiten usw.), falls nicht Gefahr im Verzuge ist, den Beamten der Baupolizei überlassen bleiben, weil sie die größere Sachkenntnis und Erfahrung besitzen. Auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Beamten wird besonderer Wert gelegt. Die bisher überwiegen von den Baupolizeibehörden wahrgenommene Kontrolle der Bauten soll also nicht ein-

des Landestheaters betrug bisher 75 000 M. Die Nazis geben nun dafür nur 10 000 M. aus. Das genügt gerade zur Zahlung der Pensionen. Das Landestheater muss deshalb den Betrieb einstellen. Schauspieler und Bühnenarbeiter können stempeln gehen. So beginnt in Mecklenburg das Dritte Reich! Für die Landeskassen und ihre Kommandanten sowie für die Parteibüchse alles. Für die gemäßigten Steuerlichen gelten die Bestimmungen der Wuppertaler Dokumente.

Die Lohnabbaumaschine im Baugewerbe.

Die Lohnabbaumaschine, nach dem Gesetz Schlichtungsverfahren genannt, ist nimmer im Baugewerbe in voller Tätigkeit. Was bisher an Schlichtungspraxis vorliegt, übersteigt die Erwartungen des schwärzesten Pessimismus. Die vom Reichsarbeitsministerium ernannten Sonderlichter sind drauf und dran, die Bauarbeiterlöhne noch tiefer herunterzudrücken als die Löhne in vielen anderen Industrien. Die besonderen Besondere werden ganz außer acht gelassen. Die bisher vorliegenden Schlichtungspraxis gehen im Lohnabbau bis zu 24,2% herauf, der niedrigste Lohnabbau beträgt in einem Lohngebiet 11,7%. Wir sagen bereits im vorigen Grundstein, daß nach den Kundgebungen des Reichsarbeitsministers die Löhne in den „Winnengewerben“ weiter abzubauen, und nach der dementsprechenden Instruktion an seine Schlichter, das Schlichtungsverfahren nur noch eine Farce genannt werden kann. Anstatt Vertreter können vor den Schlichtungsausschüssen die besten und gewichtigsten Gründe ins Feld führen, um den vom Reichsarbeitsministerium beabsichtigten Lohnabbau als ungerechtfertigt hinzustellen — alles nutzt ihnen nichts, die Schlichter sind instruiert und handeln nach ihrer Instruktion. Die Ministerialbürokratie glaubt sich dem Bauunternehmerum verpflichtet, sie ist der Meinung, das Bauen komme immer noch zu teuer, man gibt sich ferner dem Irrsinn hin, durch Lohnabbau im Baugewerbe könne man das Bauen „anbahnen“ und so kommt man dann dazu, die Bauarbeiterlöhne noch mehr herabzudrücken als in jenen Industrien, die in der Hauptfache den Markt für den Binnenmarkt produzieren. Was bei einem solchen Verfahren für die Bauarbeiter übrig bleibt, ob sie unter solchen Umständen überhaupt noch existieren können, erscheint diesen Herrschaften vollkommen nebensächlich. Wir werden, wenn das Gesamtsergebnis aus allen Schlichtungsverfahren vorliegt, noch in absehbarer Weise auf alle diese Mädelungen zurückkommen. Für heute sei noch bemerkt, daß in vielen Bezirken die Unternehmer auch gemißt sind, zum 2. Mai unsere Kollegen Rede zu ihr Unterstützung vorzulegen, was nach sich ziehen verhoffen, zu den ihnen vom Unternehmerum diktierten Lohnsätzen zu arbeiten. Dieses Verfahren rundet die beabsichtigte Verewaltung der Bauarbeiter in finstiger Weise ab. Jedenfalls dürfte, nachdem dieser Grundstein die Druckpresse verlassen hat, an vielen Orten alles draus und drüber gehen. Hieran trägt das Reichsarbeitsministerium ein gewisses Maß von Schuld durch seinen Beschluß, für die gesamten Lohngebiete in Deutschland nur drei Sonderlichter einzusetzen. Gegebenenfalls unter Mitwirkung der Bezirksarbeitsparteien, in die Hand zu nehmen. Jedem Sonderlichter ist so viel an „Schlichtung“ aufgedrückt worden, daß es fast unmöglich erscheint, sogar noch im Mai überall mit den Schlichtungsverfahren fertig zu werden. So erfahren wir, daß im Bezirk Freistaat Sachsen der Schlichter erst am 18. Mai eingetroffen kann. Er behauptet, es sei ihm technisch einfach unmöglich, früher mit allen Bezirken durch zu sein. Ist es im Reichsarbeitsministerium Absicht, das daraus resultierende Scheitern im deutschen Baugewerbe heraufzuziehen? Hier ist eine Veränderung dringend nötig! Das Reichsarbeitsministerium muß doch auch, daß bisher die alten Löhne solange als verhängnisvoll gelten hatten, bis neue Löhne rechtsträftig festgelegt sind!

Etwas ganz besonderes leisten sich die Bauunternehmer im Lohnabbau. Dort hat der Baugewerbeverband seine Mitglieder angewiesen, vom 2. Mai ab nur noch die Lohnsätze zu zahlen, wie sie von den Unternehmern in der Verhandlung am 30. März angegeben wurden; das heißt mit anderen Worten: Wir Unternehmern diktiert, ihr Profeten hab' zu gehorcht! Stellenweise wollen die Unternehmer am 2. Mai von unsern Kollegen unterzeichnetlich die Verpflichtung verlangen, zu den ihnen diktierten Löhnen arbeiten zu wollen. Wer die Unterpflicht verweigert, soll entlassen werden. Nach dem Inkas der Bauunternehmer sollen in Groß-Hessen den Bauern nur noch 81 1/2 Stundenlohn ausgezahlt werden, das bedeutet einen Lohnabbau von rund 25%! In den übrigen Lohnklassen soll sich der Bauarbeiterlohn bewegen zwischen 60 und 56 1/2 % je Stunde. An höchster Stelle betrage hier, wenn das Diktat der Unternehmer Wirklichkeit würde, der Lohnabbau 28,6%! Der Tiefbauarbeiterlohn soll sich bewegen zwischen 56 und 39 1/2 % je Stunde. Nimmst du über die in den Bezirken vorliegenden Sprüche im einzelnen berichtet. Im Freistaat Braunschweig beträgt nach dem Schlichterspruch der Spigenlohn für Facharbeiter 93 %, er geht herunter in Lohnklasse V auf 62 %. Der Tiefbauarbeiterlohn bewegt sich zwischen 68 und 46 1/2 % je Stunde. Die neue Regelung soll frühestens zum 31. Oktober 1932 kündbar sein. Das ist hier — und wo ähnlich entschieden ist — nichts anderes als eine Ernüchterung an die Bauunternehmer, zum kommenden Winter die Löhne zu kürzen und dann mit Hilfe der Schlichter im Lohnabbau fortzufahren!

Über den Schlichterspruch in Wapern können wir berichten, daß in den Großstädten (Lohnklasse A) der Maurerlohn um 16,5% abgebaut worden ist. In der Lohnklasse I beträgt der Lohnabbau 19%. Damit senkt sich in der Lohnklasse A der Stundenlohn von 115 auf 96 1/2 %, in der Lohnklasse I von 105 auf 85 1/2 %. Im übrigen bewegt sich der Lohnabbau zwischen 20,8 und 15,5%. Die Löhne sollen gelten bis zum 28. Februar 1933.

Etwas ganz besonderes hat sich der Schlichter für den Bezirk Nordwestfalen geleistet. Er hat entgegen den Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes für die allgemeinen Bestimmungen auch in die Lohnklassen I eine festsetzung eingegriffen. Natürlich ist dies geschahen zugunsten der Unternehmer. Nirgends sehen wir in der Entscheidung, daß irgendein Ort in eine höhere Lohnklasse versetzt worden wäre. Gegen dieses Verfahren des Sonderlichters ist sofort beim Reichsarbeitsminister Protest erhoben worden. Der Sonderlichter hat nur

über die Löhne zu entscheiden, nicht aber über irgendwelche sonstigen Bestimmungen im Bezirksrat. Aber die Löhne wurde in folgender Weise entschieden: In der Lohnklasse IA (Stadt Hannover) beträgt der Facharbeiterlohn mit Verkehrzulage 95 %, der Tiefbauarbeiterlohn mit Verkehrzulage 70 %. In den übrigen Lohnklassen bewegt sich der Facharbeiterlohn zwischen 90 und 57 %, der Tiefbauarbeiterlohn zwischen 65 und 47 %. In diesem Bezirk variiert der Lohnabbau für Facharbeiter zwischen 22,1% (Dnabrück) und 15,4%. Der Lohnabbau bei den Tiefbauarbeitern bewegt sich zwischen 22,5 und 14,5%. Die Lohnregelung soll Geltung haben bis zum 31. Oktober 1932. Sie soll wie in Braunschweig vom Monat zu Monat weiter gelten, wenn keine der Parteien kündigt.

Der Schlichterspruch für Dberriehberg senkt den Lohn in der Lohnklasse IA um 23 %, nämlich von 115 auf 92 1/2 %. Das ist ein Lohnabbau um 20%. Der Lohn senkt sich in der Lohnklasse IB um 19,6% und beträgt schließlich in der Lohnklasse IV, wo auf einen Stundenlohn von 66 1/2 % erkannt ist, noch 12%. Der Tiefbauarbeiterlohn beträgt in der obersten Klasse 70 %, was einen Abbau von 17,6% bedeutet; in der untersten Lohnstufe beträgt der Tiefbauarbeiterlohn nach dem Schlichterspruch 51 %, was einen Lohnabbau um 7,3% bedeutet. Diese Löhne sollen gelten bis zum 28. Februar 1933.

Nicht ganz so unvernünftig wie die vorgenannten steht der Schlichterspruch für Dberriehberg. Dies kommt wohl in der Hauptfache daher, weil dort die Löhne bereits demnach gedrückt sind, daß sich beim besten Willen nicht mehr viel davon herunterdrücken läßt. Nach dem Schlichterspruch sollen Facharbeiter in der obersten Lohngruppe 71 %, in der untersten Lohngruppe 58 1/2 % Stundenlohn erhalten. Hier bewegt sich der Lohnabbau zwischen 15,9 und 13,4%. Bei den Tiefbauarbeitern bewegt sich nach dem Schlichterspruch der Stundenlohn zwischen 44 und 38 1/2 %. Prozentual ausgedrückt sind das 15,6 bis 14,3% Lohnabbau. Für das Lohngebiet Otmachau ist für Facharbeiter auf 73 %, für Tiefbauarbeiter auf 53 1/2 % Stundenlohn erkannt worden; das bedeutet 12 und 11,7% Lohnabbau. Die Trägerzulagen sind von 4 bis 9 auf 4 bis 6 1/2 % abgebaut worden. Die Lohnregelung soll gelten bis zum 31. Dezember 1932 und von da ab allmonatlich kündbar sein.

Im Lohngebiet Rassel wurde in der Lohnklasse I der Lohn für Facharbeiter um 14,3% gesenkt. In den übrigen Lohnklassen beträgt der Lohnabbau für Facharbeiter 17,3 bis 20,2%. In Pfenningen ausgedrückt beträgt die Lohnsenkung in den verschiedenen Klassen 15 bis 18 1/2 % je Stunde. Der Stundenlohn der Tiefbauarbeiter wurde in der Lohnklasse I gesenkt um 14,6%, in den übrigen Klassen um 17,2 bis 20,3%. Hier bewegt sich der Lohnabbau zwischen 12 und 14 1/2 % je Stunde. Die neuen Löhne gelten auf unbestimmte Zeit und sind erstmalig kündbar zum 31. Oktober 1932.

Im Lohngebiet Hann.-Münden, wo nur zwei Lohnklassen vorhanden sind, wurde in der Lohnklasse II der Stundenlohn um 16,5, in der Lohnklasse II um 20,2% gesenkt. Das bedeutet einen Lohnabbau um 16 bis 19 1/2 % je Stunde. Der Tiefbauarbeiterlohn wurde in der Lohnklasse I gesenkt um 13,3, in der Lohnklasse II um 20,3%. Hier beträgt der Lohnabbau je Stunde 10 bis 14 1/2 %. Auch hier gelten die Löhne auf unbestimmte Zeit, sie sind erstmalig kündbar zum 31. Oktober 1932.

Im Lohngebiet Wald e wurde in der ersten Lohnstufe der Lohn der Facharbeiter um 19,5% gesenkt, in den übrigen vier Klassen bewegt sich der Lohnabbau zwischen 19,5 und 20,6%. Hier liegt der Lohnabbau zwischen 14 und 16 1/2 % je Stunde. Der Lohn der Tiefbauarbeiter wurde in der obersten Klasse um 20% gesenkt, in den übrigen Lohnklassen bewegt sich der Lohnabbau zwischen 19,6 und 20,3%. In Pfenningen ausgedrückt bewegt sich in den verschiedenen Lohnklassen der Abzug zwischen 11 und 13 1/2 % je Stunde. Auch hier sind die Löhne erstmalig kündbar zum 31. Oktober 1932.

Im Lohngebiet Frankenberg, wo zwei Lohnklassen vorhanden sind, wurde der Lohn in Klasse I abgebaut um 19,5%, in der Klasse II um 20%. Das bedeutet 15 und 14 1/2 % Lohnabbau je Stunde. Der Lohnabbau bei den Tiefbauarbeitern beträgt hier in beiden Klassen 20%, in Pfenningen ausgedrückt 12 und 11 1/2 % je Stunde. — Im Lohngebiet Dberriehberg wurde der Lohn der Facharbeiter in der Lohnklasse I abgebaut um 20,5, in der Lohnklasse II um 13,9%. In Pfenningen ausgedrückt beträgt der Lohnabbau 18 und 10 1/2 %. Bei den Tiefbauarbeitern beträgt der Lohnabbau in Lohnklasse I 22,9, in der Klasse II 15,5%. In Pfenningen ausgedrückt ist das 16 und 9 1/2 %. Auch hier gelten die Löhne auf unbestimmte Zeit, sie sind erstmalig kündbar zum 31. Oktober 1932.

Aus dem Bezirk Bremen wird mitgeteilt, daß dort auf 15 1/2 bis 20% Lohnabbau erkannt worden ist. Näherer Nachricht fehlt noch. Auf Anweisung der Unparteiischen soll der neue Lohn vom 2. Mai an gezahlt werden.

Im Lohngebiet Weisfallen-Di und Lipp wurde der Facharbeiterlohn in der Lohnstufe I von 110 auf 93 1/2 %, also um 15,4% abgebaut. In den übrigen Lohnklassen bewegt sich der Lohnabbau für Facharbeiter zwischen 15,4 und 18,3%. Der Lohn für Tiefbauarbeiter senkt sich in der obersten Lohnstufe von 80 auf 66 1/2 %, in der niedrigsten Lohnstufe soll der Stundenlohn 43 % betragen. Hier bewegt sich

Drei Pfeile.



Beflügel von des Volkes Jörn
Drei Pfeile fliegen kühn nach vorn!
Ein jeder spricht: es ist genug,
Genug mit Zug und Volksbetrug!
Drei Pfeile, scharf geschliffenes Erz,
Sie treffen unseren Feind ins Herz!
Drei Pfeile laufen ihre Bahn —
Herbei! Stoff vor! Dreißig an!

der Lohnabbau zwischen 14,9 und 18,6%. Auch in diesem Gebiet ist der Lohn frühestens zum 31. Oktober 1932 kündbar. — Zum Schluß sei bemerkt, daß der Bauhilfsarbeiterlohn nach der Vorchrift im Reichsarbeitsgesetz überall 17 % unter dem Facharbeiterlohn zu stehen kommt.

Aus der Sozialgesetzgebung

Zweifelhafte Rechtsberater.

Vielfach preisen sich allerlei Rechtsberater an, die unter Hinweis auf die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialversicherung „schützen“ wollen. In der Regel will man das „unentgeltlich“ machen, aber dann kommt der Pferdeschlag nach und die ganze Geschäfte entpuppt sich als eine gemollte Ausbeutung der Ärmsten der Armen. Deshalb muß die Arbeiterklasse immer wieder aufgefordert werden, sich solche „Rechtsberater“ vom Halle zu halten. Sie brauchen diese Leute nicht. Entweder gibt es am Ort ein Arbeitersekretariat, das den Arbeiter mit unentgeltlicher Rechtsberatung zur Seite steht, oder die Organisation tut es. Ferner sei darauf gewarnt, zum Zwecke der Hilfe aus dem sozialen Recht besonderen Organisationen beizutreten. Das ist alles nutzlos hinausgeworfenes Geld. Wendet euch zur Wahrung eurer Rechte in der Sozialversicherung stets an die vom DVOZ, eingerichteten Arbeitersekretariate und in besonderen Fällen an die Leitungen unserer Bauwerkstätten!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerkstättenbund.

Jahresstellungsergebnis vom 11. April 1932.

Bezirksverband	Berichtende Bauwerkstätten	Mittelgliederzahl am Jahresanfang	Arbeitslose		Zur Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg	7	13 648	12 982	95,1	95,3
Danzig	1	3 226	2 749	85,2	85,9
Stettin	61	13 816	11 440	82,9	84,7
Breslau	39	33 465	29 425	87,9	88,8
Berlin	60	44 449	36 579	82,3	83,6
Halle	42	23 258	19 894	85,5	86,9
Erfurt	34	16 922	14 857	88,0	90,2
Frankfurt	17	28 771	26 005	90,4	90,8
Köln	12	14 550	13 365	92,1	93,2
Dortmund	12	14 048	12 832	91,7	91,8
Hannover	39	25 807	21 715	84,1	84,4
Bremen	31	12 907	11 251	87,2	87,5
Hamburg	45	26 552	22 478	84,7	85,3
Rostock	60	7 958	6 219	78,1	80,3
Bresden	31	53 024	46 219	87,2	89,5
Nürnberg	29	14 028	12 229	87,2	89,6
München	27	10 929	9 218	84,3	89,2
Stuttgart	14	8 097	7 169	88,5	91,4
Karlsruhe	10	11 852	10 555	89,1	89,0
Zusammen	571	376 905	328 270	87,1	—
Vorige Woche	571	381 200	336 633	—	88,29

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperkt sind die Arbeiter des Unternehmens Schauer, Niederbissau (Südbad), Baustelle Osthof-Wilshofsch bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabbaues, und die Arbeiter der Firma Wierichs in Norden wegen Tarifbruchs.

Töpfer: Geperkt sind: In Crammshagen die Firma Hezinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Wöhme.

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Ernst-Hohensteinsch. Für die Arbeiter der Hohensteinsch in Hohensteinsch ist der Manifestant und die Lohnvereinbarung, die am 30. April abgelehnt, verlängert worden. Einmalig kann die Vereinbarung mit Monatsfrist zum 31. Dezember gekündigt werden. Die Urlaubsbestimmungen wurden für das Jahr 1932 — aber nur für dieses Jahr — etwas eingeschränkt. Die bisherigen Urlaubsbestimmungen bleiben bestehen.

Einzelwohnbau. In unserer Nummer 17 teilten wir mit, mit welchen Anteilen die Einzelwohnen, die Zentral- und die Etagenwohnen in den Berliner Neubauwohnungen der Jahre 1930 und 1931 vertreten sind. Die Tabelle enthielt leider einen Druckfehler: Statt 1932 mußte es 1930 heißen, wie ja auch aus dem Begleitferr herorgibt. Zu den Angaben selbst ist nachzutragen, daß sich der Anteil der Etagenwohnen auf Kosten der Zentralwohnen noch etwas höher stellt, weil in der Zahl der zentralwohnen Wohnungen auch die Anzahl der etagenwohnen Wohnungen mit einer Wohnung entfallen ist. Der Bund für deutsche Kadelwerkstätten gibt uns heute auf Grund von Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin die Möglichkeit, die Angaben auf den gesamten Wohnungsbestand und die weiter zurückliegenden Jahre zu erweitern. — Nach der Wohnungsaufnahme vom 15. Oktober 1910 wurden für die Stadt Berlin ermittelt: 580 114 Wohnungen auf bebauten Grundstücken. Von diesen waren 6705 oder 1,2% an eine Zentralwohnbau angegeschlossen. Ein solches Solches enthielten also 578 409 oder 98,8% der Wohnungen. Nach der Wohnungsaufnahme vom 3. März 1925 waren von den 1 171 431 bebauten Wohnungen (in Reichshauptstadt) 76 046 oder 6,5% mit Zentralwohnbau, 1 094 545 oder 93,4% mit Einzelwohnbau angegeschlossen. Unter allen Alt- und Neubauwohnungen befand sich demnach 1925 unter 15 Wohnungen nur eine Wohnung mit Zentralwohnbau, die anderen 14 hatten Einzelwohnbau. Am Schlusse des Jahres 1930 hatten 90,5% familiärer Alt- und Neubauwohnungen Einzelwohnbau, und 9,5% Zentralwohnbau. Demnach ist zu hoffen, daß in Berlin der Kadelwohnen auch künftig keine Vorherrschafft in der Wohnbauwohnbau behalven wird.



Unterhaltung und Wissen



Wo kein Licht brennt . . .

Ernst Böhle ging von einer politischen Versammlung nach Hause. Es mochte gegen Mitternacht sein. Dunkel lagerten die Straßen in nächtlichem Schlaf. Der Herbst hatte seine Dunstschwaden zwischen die Häuserzeilen gelagert. Die Stadt litt an der heute notorischen Sparmut, aber sie hatte wie gewöhnlich an der falschen Ecke. Dort, wo die prächtigen Willen standen, die selten ein Mensch des Nachts zu Fuß passierte, dort brannte Licht oft nachteilig auf und zwecklos . . .

Aber Ernst Böhle mochte ja im Profefarierquartier, wo das Licht des Nachts und auch am Tage höchst „überflüssig“ ist . . .

Licht? Noch zu sehr herrschte hier die zersetzende Dunkelheit des Geistes, woraus die Reaktion braune Häuser und Paläste baut, woraus die jährlichen Dividenden in Geldströmen fließen, woraus die blutigsten Kriege entspringen, woraus nicht zuletzt Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend geboren werden . . .

Diese Dunkelheit hatte Ernst Böhle. In Gedanken verjucken ging er dahin. Er bemerkte nicht die drei verdächtigen Gestalten, die ihm in gemessener Entfernung folgten. Noch zu sehr brannte sein Schadel vor heisser Erregung, die der Abendortrag darin entfacht hatte. Eilig stampfen seine Füße das harte Pflaster.

Er hatte nicht mehr weit bis nach Hause. Dort war schon die Finkengasse. Er überlegte, ob er sie nicht durchqueren sollte. Aber nein, da waren wieder die Weiber, die ihn anquatschen würden, er war heute nicht darauf gestimmt, das fade: „Komm Kleener, schlie mit!“ anzuhören.

Diese Gasse machten sich seine stillen Verfolger zunutze. Raum war Ernst an der nächsten Straßenecke verschwinden, als sie eilig in den Fußweg einbogen. Dadurch waren sie dem Verfolger gegenüber im Vorteil, dies kürzte ihren Weg, so konnten sie den verhassten „roten Hund“ überholen.

So, jetzt rechts um die Ecke und dann wieder links. Ernst Böhle zog seinen Haus Schlüssel, ging im kurzen Bogen um die Ecke und — prallte erschrocken zurück. Eine geballte Faust war ihm ins Gesicht gefahren, zugleich hörte er den giftig durch die Zähne geschleuderten Ruf: „Da, du Schwein, haste das!“

Ernst war eilige Schritte zurückgesprungen und sah nun die Angreifer in ihrer vollen Größe und Gestalt vor sich. Er überlegte nicht — entweder mußte er sich wehren, oder . . . Schon war er auf den zunächststehenden Zugsprungen — bauz — klatsch! — ein unterdrückter Schmerzensschrei war die Antwort. Ja, Ernst Böhle hatte eine Handgelenk, die nicht zu verachten war. Aber er sollte doch bei diesem Ringen den kürzeren ziehen, denn schon sauste



Nun ergriffen die Rowdys in aller Eile die Flucht.

mit voller Wucht eine Stahlrupe auf seinen Schadel . . . „Was, du rotes Gas willst dich noch wehren?“ Der das sagte hatte einen Revolver gezogen. Ernst, von dem harten Schlag halbbetäubt, stolperte vornüber und fiel just in das drohend auf ihn gerichtete Schießfeld.

Peng, drückte der andere zu, stöhnend sank Ernst zu Boden. Die Angel hatte seine rechte Schulter durchschlagen. Nun ergriffen die Rowdys in aller Eile die Flucht. Durch den Lärm herbeigelaufen nahen verpöbelte Passanten. Man benachrichtigte unverzüglich die Polizei, die den Ueberfallenen in ein Krankenhaus transportieren ließ. Das war alles, was sie tun konnte. Die Wegelagerer befanden sich längst in Sicherheit . . .

Gegen Mittag des folgenden Tages kam Ernst Böhle wieder zu sich. Er fühlte einen schweren, dumpfen Druck in seinem Gehirn und in seiner rechten Schulter zwickte und zwackte es. Was war denn mit ihm geschehen? Stöhnend strengte er sein Gedächtnis an; dann erinnerte er sich wieder jenes nächtlichen Ueberfalles.

Wer mochte die Täter gemessen sein? Vergebens sann Ernst darüber nach. Ertalige Feinde waren ihm nicht bekannt. Aber sollte gar etwa sein Stiefbruder die Hand im Spiel haben? Das wäre dem schon zuzutauen gewesen; denn nicht umsonst war er ein frummer SW-Mann,

Menschheitspfingsten

*Das ist des Pfingstgeistes hell'ger Geist,
Der taghell durch die Lande sohämmt,
Und nachts heimlich, dämmertranken
Von reiches Sommerernte träumt.
Von einer Ernte, vorbereitet
In rauchreife Winternächten.
Die herrlich spielend fortgedacht
In blüthen schweren Frühlingsprächten!*

*Es singt die dunkle Lenzesprache
Des Pfingstgeistes Schaffenslied,
Daß Frucht soll werden, was zur Pfingsten
In froher Fruchtverheißung blüht;
Es bräut das Lied von Saat und Ernte
In Machtakkorden durch das All
Und weckt in allen Menschenherzen
Lebendig frohen Widerhall!*

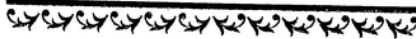
*Wirt ab, o Mensch, was dich bedrückt,
Sieh dieses Spiel geheimer Kraft!
Es lehrt dich, daß Erfolg nur erntet,
Wer emsig und beharrlich schafft!
Und sind die Zeiten noch so trübe,
Erarme dich und lasse Mut,
Erhebe dich mit Kraft und Willen
Zu neugebor'ner Lebensglut!*

*Es muß nicht sein, daß du nur tronedest,
Indes die Früchte andre erntest,
Die deine Arbeitslast verachten,
Obwohl sie selbst nie schaffen lernten!
Es muß nicht sein, daß Menschen hungern,
Weil ihnen Brot und Arbeit fehlt,
Es muß nicht sein, daß blosses Elend
Und Not Millionen Menschen quält!*

*Dies große Unrecht muß verschwinden!
Deshalb ermannet euch, werdet wach!
Wehrt eure Kraft und euren Willen
Dem Kampfe gegen diese Schmach!
Hinweg mit Kleinmut! Trotz der Schwere
Des Schicksals pillegt die Hoffnungs Saat
Und rütel willensstark und mutig
Zur kräftenschlossenen Genetal!*

*Jawohl, der Kleinmut muß verwehen!
Aus Tatkraft, Mut und Sinnigkeit
Wird tausendfache Kraft ersehen,
Die euch aus Nacht und Not befreit!
Die Ernte winkt, sie grüßt die Schnitter,
Sie raft zur Tat auch den Geringsten!
So reißt durch Nacht und Sturmgewitter
Dem Arbeitsvolk das Menschheitspfingsten!*

Taeft.



nicht umsonst hatte er wegen seiner fanatischen Parteieinstellung das Mutterhaus verlassen. Dieser Schönsel wußte ja nicht, was er tat . . .

Ernst Böhle behielt seine Vermutung vorläufig für sich. Er wollte die abnehm schon unruhkranker Mutter nicht noch mehr ängstigen. Und dann lag ihm auch nichts daran, seinen Stiefbruder ins Gefängnis zu bringen . . .

Noch das Schicksal wollte es anders. Zwei Tage nach jener unheimlichen Nacht bekam Ernst Böhle einen Brief, als gerade seine Mutter bei ihm zu Besuch weilte. Nichts Böses ahnend, ließ er den Brief von der Mutter öffnen, damit sie ihn vorlese. Was war denn das? Im Beschoß der Mutter spiegelte sich auf einmal ein unansprechlicher Schreck. Wie falschiert hatten ihre weitgespannten Augen auf dem Papier, auf dessen Rückseite Ernst jetzt allerlei gruselige Zeichnungen gewahrte. Schnell nahm er seiner Mutter das Schreiben aus der zitternden Hand und begann zu lesen: „Endlich haben wir dich erwischt. Leider hat die Angel ihren Zweck verfehlt, aber ein zweites Mal entkommst du uns nicht wieder!“

Ernst sah erkaunt abwechselnd auf den Brief und seine Mutter. Die Schriftzeichen schienen bekannt. Wer steckte dahinter? Wieder dachte er lebhaft an seinen Stiefbruder. Wäre es nicht doch besser, den Brief verschwinden zu lassen schon um der Mutter willen? Aber wer konnte wissen, wozu alles diese Leute noch föhig waren! Diesen Bonifex würde er vielleicht ein zweites Mal nicht so glimpflich entkommen . . .

Ernst steckte den Brief in die Schublade seines Konförens und versuchte die hilflos schlingende Mutter zu trösten . . .

Schweres Leid hatte Frau Böhle schon vor der Zeit alt und grau gemacht. Ernst war ihr als uneheliches Kind geboren worden. Später hatte sie dann einen Ehenböhnen bekommen; und als sie das zweite Kind unter dem Herzen frug, war ihr Mann beim Angleren föhlich verunglückt. Harte Arbeit und Entfagung war ihr Leben gewesen. Noch lebtehin war ihr Jüngster im Streit aus dem Hause gegangen und nun hatte man es sogar auf ihren

lehten Jungen abgesehen. Nein, dem durfte nichts geschehen, sie würde es zu verhindern wissen!

Von einem plötzlichen Impuls getrieben erhob sie sich vom Stuhl, kramte trotz des protestierenden Kranken den Brief aus der Schublade hervor, drückte ihrem Jungen zum Abschied die Hand und warnte hinaus.

Ihr Weg ging zur Polizei, wo sie den Brief aushändigte und um Aufklärung des geheimnisvollen Verbrechens bat. Der Polizeichef versprach ihr das; erleichterten Herzens ging Mutter Böhle nach Hause.

Der Brief wurde zum Verfall. Schon nach einigen Tagen konnte die Polizei die Banditen dingest machen. Und wie Ernst Böhle richtig vorausgesehen hatte — unter den Verhafteten befand sich auch sein um sieben Jahre jüngerer Stiefbruder, der der eigentliche Urheber des feigen Ueberfalles gewesen war. Er hatte den Schlag mit der Stahlrupe geführt. Den Schuß hatte einer seiner Komplizen abgegeben; der Dritte entlich nach jener gemefen der Ernst Böhle den Faustschlag verjagt hatte, der von Ernst prompt quittiert worden war.

Nun zeigte ihnen der Schnellrichter, wie man mit Gefindel dieser Art verfährt. Er schickte sie für einige Monate hinter schwedische Gardinen . . .

In Anbetracht der ungläublichen Gefährlichkeit nahm sich der Richter Ernst Böhles Stiefbruder noch besonders vor und rügte in scharfen Worten dessen verbrecherischen Instinkt. Aber der junge Sünder war indessen so müde geworden, daß ihm die Tränen fürbachartig über das Gesicht strömten. Ernst Böhle hatte recht gehabt: Sein Stiefbruder war ein dummer Schönsel, sonst hätte er jetzt nicht so gottsfürmlich gemeint . . .

Einige Zeit später war Ernst Böhle geheilt. Er blieb der Alte. Sein Geist blieb ungebrochen und benennungsfrei. Und aus seinen Augen leuchtete das Licht der Erkenntnis und des Willens.

Ritter Stragten.

Wer nicht hört muß fühlen . . .

Im Jahre 1927 sind bei den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben 111 435 Unfälle durch Fall von Personen von Leitern, aus Laken u. dgl. vorgekommen. 655 Unfälle davon endeten föhlich! Trost aller Warnungen und Mahnungen ist die Zahl der Unfälle für das Jahr 1928, das letzte Berichtsjahr des Reichsversicherungsamts, über das abgeschlossene Zahlen vorliegen, auf 125 753 gestiegen; die Zahl der Todesfälle betrug 657.

Uns diesen erschreckend hohen Zahlen sieht man, daß nicht nur Maschinen, Transmissionsen, explosive Gase, Grubenkatalstropfen usw. Schuld sind an der noch immer viel zu großen Zahl von Unfällen. Vielmehr ruht auch in der Scheinbar einfachsten und harmlosesten Beschäftigung des



Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W. 9.

föhligen Lebens und der allföhligen Arbeit ein nicht zu unterschätzender Geföhrmoment, wenn Umföcht, Vorföcht und Rückföcht, die drei maßgebenden wichtigen Faktoren der Unfallverhütung, außer acht gelassen werden. Die föhliche Angewohnheit, auf wacklige Schemel oder ungesicherte Leitern zu steigen, sollte in jeder Familie, in jedem Gewerbe- oder Beschöftsbetrieb ganz energisch ausgerottet werden!

„Ich werde das Wort von der bevorstehenden Weltrevolution, sollte ich es wieder hören, mit Skepsis, wenn nicht mit Widerspruch oder Zorn aufnehmen. Amerika tragt die Hoffnung auf eine revolutionäre Umstellung der Welt der Arbeitenden Lügen. Die Entwicklung des kapitalistischen Systems allein, die langsame oder durch Kisten beschleunigte Evolution wird hier eine sichere Wirkung ausüben.“ Diese Worte stammen von Arthur Höltscher aus einem Bericht über eine Reise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Höltscher war bis vor kurzem föhrender Redner der von Moskau erwarteten Weltrevolution. Heute schwört er auf die Evolution, auf die langsame Entwicklung. Er ist also zum Reformisten geworden. Der Mäzenateng-Konzern wird Herrn Höltscher wohl nicht mehr als Paradeperd gebrauchen können.

Aus den Baugewerkschaften

Calbe a. S. Der Maurermeister Triegel folgt den reaktionären Fußstapfen seines Vaters. Und weil es heutzutage „modern“ ist, macht er in Nationalsozialismus. Natürlich in der Welt, wie er diesen „Sozialismus“ auffaßt! Beim Neubau eines kleinen Wirtschaftshauses in der Barbeyer Straße nutzte er die Notlage der Bauarbeiter dadurch aus, daß er die Arbeiten in Akkord ausführen lassen wollte. Den Tariflohn von 80 Pf. je Stunde erkannte er nicht an, er zahlte nur 68 Pf. je Stunde aus. Dann aber entließ er sofort die am Bau Beschäftigten, als sie den Tariflohn beanspruchten. Die Arbeiter vermerkte er auf dem Entlassungsschein, diese Kollegen des „auf Dunsch“ entlassen, worauf der Vorgesetzte den „auf Dunsch“ entlassenen Kollegen den Lohn für die vergangenen Wochen Sperrfrist verweigerte. Die Arbeiter, die den Entlassungsschein, „nationalsozialistischen“ Maurer Hoff, Kelle und Triegel herangeholt und mit diesen Arbeitern die Arbeit fertiggestellt. — Eichendorf gehört zum Gebiet der Baugewerkschaft Magdeburg und ist berühmt durch seine Schlicht zwischen Nazis und Reichsbanner, wo Klingenstein, obwohl er sich als Amtsvorsteher vorstellte, von den Nazis niedergeschlagen wurde. Die Baugewerkschaft Magdeburg wird nachprüfen müssen, ob nicht unter ihren Mitgliedern — Kelle war bis 1930 Mitglied, Hoff und Triegel sind im Jahre 1929 Mitglieder gewesen — in jener Gegend noch mehr Nazis sind, die sich den Unternehmern als billige Lohnarbeiter zur Verfügung stellen.

Gera. Zu Anfang des Jahres 1932 mußte unser Kollege Paul Morrag, erst 60 Jahre alt, auf ärztliche Anordnung von seinem Posten als Geschäftsführer zurücktreten. Ueber 20 Jahre lang hat unser Paul sein Amt gewaltet, nachdem er vorher schon seit 1895 im Bauerverband stets mit in der vordersten Reihe gestanden und sich vor keiner ihm aufgetragenen Arbeit gescheut hat. Morrag ist einer jener Kollegen, die sich von nichts beeindrucken lassen und unbeirrt den als richtig erkannten Weg weitergehen. Keine Umfindung der NSD, oder der Unternehmer konnte ihn davon abbringen, immer hatten die Gegner mit ihm zu rechnen. Das beweisen am besten die zahlreich durchgeführten Prozesse gegen die Unternehmen, die sich stets zugunsten der Kollegen aussagten. Doch nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiete, auch im Stadtparlament,



Paul Morrag lange Jahre zum Besten der Arbeiterkassen gewirkt. Sollte er einige Jahre früher an sich gedacht, dann wäre seine Krankheit noch schlimmer zu halten gewesen, wie das ja auch nach seinem Tode der Organisation zu sehen ist. Wir wünschen ihm Besserung seines Leidens, damit er noch viele Jahre in Ruhe zuleben kann, welche Wege unsere Organisation und damit ein großer Teil seines eigenen Wirkens geht. Und nochmals Dank für seine aufopfernde Tätigkeit!

Gotha. (Albert Leube ausgeschieden.) Am 1. April ist unser Kollege Albert Leube als Geschäftsführer unserer Baugewerkschaft ausgeschieden. Albert Leube war es, der in zäher Weharbeit unsere Kollegen mit dem Wenden der Organisation erfüllte und vertraut machte. Er hatte feines Gespür für die Bedürfnisse der Kollegen. Am 4. September 1907 wurde in Gotha der Zweigverein gegründet. Von dieser Zeit an war er ununterbrochen im Vorstand, zuerst einige Jahre Schriftführer, dann Vorsitzender. Am 1. Mai 1914 wurde er von den Kollegen zum beliebtesten Geschäftsführer gewählt. Dieses Amt hat er stets gewissenhaft und unter Einsetzung seiner ganzen Person bekleidet. Gesundheitlich zogen unsere vierundsechzigjährigen Albert, das ihm so lieb gewordene Amt aufzugeben. Wir danken unserem Kollegen Leube für seine der Bauarbeiterbewegung erzielene unermüdete Tätigkeit und wünschen ihm einen angenehmen Lebensabend!



Politische Zeitnotizen

Regierung Otto Braun tritt zurück. Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai einzuberufen. Sie will also den Grenztermin, der ihr nach der Verfassung zusteht, den 20. Juni, nicht abwarten. Am gleichen Tage wird die preussische Regierung offiziell den Rücktritt des Kabinetts Braun erklären.

Die Politik des Zentrums in Preußen. Das Berliner Organ der Zentrumspartei, die „Germania“, schreibt zu der politischen Situation in Preußen: Die Zentrumspartei, der die Wahl eine erhöhte Verantwortung und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen hat, wird auch im neuen Landtag der sichere Garant einer sachlichen, in den Verfassungskonventionen gegründeten Staatsführung sein. Sie würde sich selbst aufgeben und den Staat auf das höchste Gefährden, wenn sie diesen wichtigen Grundbesitz ihrer politischen Arbeit und Überzeugung verläßt würde. — Das Dortmunder Zentrumorgan, die „Germania“, schreibt u. a.: Das Zentrum, dessen Schicksalstellung im Preussischen Landtag so stark ist wie nur je, hat keine Eile und hat auch nicht die Absicht, von sich aus den Nationalsozialisten entgegenzukommen. Zweck müssen einmal ohne jede Zweideutigkeit und ohne jeden Rückhalt die Nationalsozialisten

die uneingeschränkte Erklärung abgeben und auch dafür Garantien bieten, daß sie unter Berufung auf jede konstitutionelle und volksverehrende Demagogie den festen Willen haben, auf dem Boden der Verfassung praktische, im Interesse des ganzen Volkes liegende staatsverfassende und aufbauende Arbeit zu leisten. Bis zum Beweise dafür, daß es den Nationalsozialisten mit einer solchen Einstellung wirklich ernst ist, wird noch geraume Zeit verstreichen.

Beteiligung der Nazis an der Verantwortung? In einem Interview mit einem Vertreter der „Linien Presse“ äußerte der preussische Innenminister Gering zu den Preußenwahlen, daß sowohl in der Sozialdemokratie wie im Zentrum die Regelung stark gemacht sei, namentlich auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen. Die bisherigen Parteien getragen haben. Die bemängelte Negation der Nationalsozialisten habe ja nur deshalb so viel Anhänger gefunden, weil sie die drückende Wirtschaftslage, die Steuerlast, die Arbeitslosigkeit, das Stöcken von Handel und Wandel, die Kürzung der Gehälter und Löhne den republikanischen Parteien zur Last legten. Die Nationalsozialisten hätten Kruppellos diese schlimmen und schweren Folgen des Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise als abwendbar dargestellt und versprochen, alles zu beheben, wenn sie regieren würden. Den Nationalsozialisten müßte jetzt Gelegenheit gegeben werden, durch eine Regierungsbeteiligung, die allerdings die Gewähr einer verfassungsmäßigen Regierungsweise gibt, ihre Worte mit den harten Tatsachen in Einklang zu bringen.

Die Reaktion hofft auf die SPD. Im neuen Preussischen Landtag sind die Kommunisten das sogenannte Jünglein an der Waage. Wenn diese Partei will, gibt es in Preußen keine Naziregierung. Die SPD, hat aber nicht mehr die Möglichkeit, durch Passivität, durch bloßes Zeiteiseln die Reaktion die Zeitbühnen zu halten. Mit Hilfe der bisher in solchen Kreisen von der SPD, geübten Stimmhaltung hofft die Reaktion, einen der ihren als Ministerpräsidenten durchzubekommen. Hingegen hofft auf die Kommunisten, er macht ihnen folgende freundlichen Vorschläge: „Die Rechte befindet sich (im Landtag) gegenüber den bisherigen Koalitionsparteien in der Mehrheit, daher kann die von den bisherigen Regierungsparteien vorgenommene Aenderung der Verfassung wieder rückgängig gemacht werden, wenn die Kommunisten sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Daß die Kommunisten mit den bisherigen Regierungsparteien gegen den Antrag der Rechten (auf Aufhebung der Verfassungsreform) stimmen werden, ist anzunehmen. Die Rechten werden, die die kürzliche Verfassungsänderung durch die Kommunisten erfahren hat, sich nicht weigern.“ Wie die Kommunisten sich entscheiden werden, ist bei dieser Partei nicht im voraus zu sagen.

Die SPD-Politik im Preussenparlament. Die „Rote Fahne“ schreibt über die SPD-Politik im neuen Preussischen Landtag: „Bei scharfem prinzipiellen Kampf gegen die Regierung Braun-Gering, gegen ihre Politik der Notverordnungsdiktatur und ihr Wegereitertum für Hitler, stehen wir Kommunisten in Todfeindschaft dem blutigen Hitler-Faschismus gegenüber. Wir werden alles tun, um mit Hilfe der proletarischen Klassenkraft ihm den Weg zur Regierungsmacht zu verperren.“ Bedeutet dies, daß die SPD, im Landtag die Aenderung der Verfassungsbildung und einen Nazi-Ministerpräsidenten verbinden wird?

Rechtsschwenkung des Saupropans des Zentrums? Der Chefredakteur der „Germania“, Dr. Zuhls, der zum jüngeren Kreise Brünings gehört, ist auf Beschluß des Ausschusses bis auf weiteres beurlaubt worden. Er wird Ende 1932 mit Ablauf seines Vertrages endgültig aus der Redaktion ausscheiden. Dieser Beschluß ist vom Herrn von Papen, dem bisherigen Landtagschreiber, der stets verurteilt hat, die Zentrumspartei nach rechts abdrängen, durchgeführt worden.

Hindenburg-Troener und das Reichsbanner. Der Reichspräsident hatte mit dem Reichsinnenminister Troener eine Zusprache, die sich wohlenteils nicht nur auf das „Material“ gegen das Reichsbanner, sondern auf die gesamte innerpolitische Lage erstreckte. Ueber die Reichsbannerangelegenheit soll erst nach Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf entschieden werden.

Genfer Abrüstungskonferenz verlagert. Wegen plötzlicher Erkrankung des Ministerpräsidenten Lathien — es handelt sich in diesem Falle um eine wirkliche, nicht um eine Diplomatenkrankheit — ist die Genfer Abrüstungskonferenz verlagert worden. Wahrscheinlich bis zum Jahre 1933. Bis dahin sind die Delegierten der Abrüstungskonferenz in ihren Heimatländern mit einer großen Menge Aufgaben eingedeckt, so daß besonders die überseeischen Delegierten für längere Zeit keine Möglichkeit haben, wohlgenaug fern von ihrer Arbeitsstätte an Konferenzen teilzunehmen. — Reichskanzler Brüning hob anlässlich eines Presseempfangs am Schluß der Konferenz hervor, daß Deutschland unter allen Umständen an der Gleichberechtigung und an einer tatsächlichen Abrüstung festhalten müsse. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Dinge in Europa zu messern. Man müßte sich Eile machen mit der „Mittelschleife“, in der wir sozugen zwischen Krieg und Frieden leben. Man müsse zu einem wirklichen Frieden gelangen, der kein Diktat sei, und eine freiwillige Verständigung, die den Wiederaufbau Europas und der Welt ermögliche. Hierfür werde sich das nötige Verständnis entwickeln, sicherlich auch in Deutschland. — Für die Woche nach Pfingsten ist von Brüning, Lathien und MacDonald eine Zusammenkunft in Aussicht genommen. Wichtig auch im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz sind die Kammerwahlen in Frankreich.

Nationalisten arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Die Wahlen in Frankreich standen im Zeichen des Hitler-auffchwunges in Deutschland. Soweit bis zur Stunde der Niederschrift erstlich, tendiert das Ergebnis ein wenig mehr als in der alten Kammer nach rechts. In wildester Weise riefen die Nationalisten gegen die „deutsche Gefahr“ auf. Sie waren außer sich vor Begeisterung über das Wahlergebnis in Deutschland, das mit seinem inschwellenden nationalsozialistischen Stimmen die Möglichkeit zur Faschpropaganda gibt. „Jetzt wissen wir, wohin Deutschland geht!“ rief Henri de Kerillis. „Hatten wir unrecht, als wir verlangten, daß die französischen Wahlen nach den deutschen Wahlen stattfinden sollten, damit das französische Volk über die wahren Empfindungen seiner Nachbarn gründlich unterrichtet werde? ... Hatten wir unrecht, als wir ankündigten, daß der deutsche Sozialismus, das einzig

relativ friedliche Element in Deutschland, auf der ganzen Linie im Rückzug sei, und daß die neue Jugend Deutschlands, zum Aufbruch bereit und nach Revanche begierig, der Fahnengreiferei Hitlers folge? Jetzt sieht Frankreich klar. Jetzt weiß das französische Volk, wer unrecht hat, wir oder die französischen Sozialisten! Jetzt muß der französische Bürger sich entscheiden, ob er für Leon Blum und seine Freunde, die Anhänger der Abrüstung, stimmen will, oder für die nationalen Republikaner, die davon überzeugt sind, daß eine Abrüstung vor Hitler, dem Führer der deutschen Kriegsanfänger, den neuen Krieg vorbereite.“ — Man merkt deutlich, wie unter Hitler die Chancen zu Volkerrückzug und Krieg steigen.

„Nieder mit Hitler, dem Arbeiterverräter!“ In byzantinischer Weise hat die nationalsozialistische Presse über die Wahlrundfahrten ihres Opa berichtet. Sie berichtet aber nicht über Empfindungen, wie Adolf bei beispielsweise in Reidenburg erlebte. Ausgerechnet in Döpreußen, in der Grenzstadt Reidenburg, hatte er großes Pech. Auf den Hauptstraßen und auf dem Marktplatz standen zu Tausenden die Mitglieder der Eisernen Front, um Hitler zu begrüßen. Als die Autosavalade des Opa erschien, wurde er mit stürmischen Rufen: „Nieder mit dem Arbeiterverräter, nieder mit Hitler!“ empfangen. Das Publikum forderte förmlich die Weiterfahrt des Bürgerkriegsgeißelungs. Dieser machte den Versuch, zum Auto aus eine Ansprache zu halten, aber die Rufe: „Weiterfahren!“ drückten Adolf in sein Auto zurück. Er folgte dem Rat der Polizei, auf schnellstem Wege die Stadt zu verlassen.

Allgemeine Rundschau

Eine Arbeitsbeschaffungsanleihe. Im Rahmen des seit langem angekündigten Arbeitsbeschaffungsprogramms und seine Finanzierung plant jetzt die Regierung — anknüpfend an die Vorschläge der Gewerkschaften — eine steuerbegünstigte Prämienanleihe, deren Ertrag für die Finanzierung großer Arbeitsbeschaffungspläne dienen soll, aufzulegen. Die Höhe der Zeichnungen auf die Anleihe soll nicht von vornherein begrenzt sein, die Regierung hofft, auf diesem Wege einige hundert Millionen Reichsmark aufbringen zu können. Die Einzelheiten der Anleihe, insbesondere der Umfang der Steuerbegünstigung und die Termine für die Rückzahlung, aber auch die Bestimmung über die Verwendung des Anleiheertrages hängen noch von der Entscheidung im Kabinettsrat ab. Vor der Finanzanleihe in der Linie an die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, größerer Meliorations-Unternehmungen usw. gedacht. Ueber den Zinsfuß der Prämienanleihe ist ebenfalls noch keine Bestimmung getroffen, es verläuft, daß er 1 1/2 unter Reichsbankdiskont liegen, also variabel sein soll. Auch nach auf einem zweiten Wege will die Reichsregierung dem Arbeitslosenproblem zu Leibe gehen, durch die Arbeitsfreudung, d. h. durch eine möglichst weitgehende Verklärung der Arbeitszeit. Diese Pläne des Reichsarbeitsministeriums sind in der letzten Zeit mit den Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und — wegen der für die entsprechende Verordnung des Ministeriums erforderlichen Zustimmung des Reichsrates — auch mit den Vertretern der Länder durchgesprochen worden. Namentlich mit den Landesregierungen ist noch keine Einigung erzielt. Während beispielsweise Preußen eine Zuschussung der Vorschläge des Arbeitsministeriums, u. a. eine Verklärung auf 36 statt 40 Wochenstunden, angeteigt hatte, haben umgekehrt andere Länder eine Einschränkung des ursprünglichen Entwurfs verlangt. Es ist noch eine weitere Rücksprache mit den Ländern erforderlich.

Das Internationale Arbeitsamt über unsere Arbeit am Bauarbeiterkongress. In der „Chronik der Unfallverhütung“, dem in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinenden Publikationsorgan des Internationalen Arbeitsamtes, wurde vor einiger Zeit im Leitartikel zu den Problemen des Bauarbeiterkongresses Stellung genommen. Der Artikel stammt von Prof. Dr. Rigmann, dem händigen Sachbearbeiter der Abteilung Unfallschutz im Internationalen Arbeitsamt in Genf. Prof. Dr. R. der als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes im Sommer 1931 an dem 4. Bauarbeiterkongress teilgenommen hat, bereits über den Kongress in Heft 431 der „Chronik der Unfallverhütung“ berichtet. In dem vorliegenden Artikel über den Verfasser noch einmal auf den technischen Teil der Kongressberatungen ein. Eine vom Deutschen Bauwerkverband dem Bauarbeiterkongress gewidmete Studie „Der Gerüstbau“ wird eingehend gewürdigt. In dieser Schrift zeigten wir die Besonderheiten des Gerüstbaus, die aus der Eigenart der Bauarbeit entstehen. Diese Vorlesungen in ihrer Beziehung zu Unfallverhütung werden von Prof. Dr. R. vollständig anerkannt, ebenso unsere Verhandlungen um Vereinheitlichung des Gerüstbaus. Die Erläuterungen zu den in den einzelnen Landesstellen gebräuchlichsten Fachausdrücken (Tafel I der Schrift) werden in Wort und Zeichnung wiedergegeben und als besonders wertvoll für die internationale Behandlung des Problems bezeichnet. Der Verfasser findet anerkennende Worte für die in den Bauarbeiterkongresskommissionen geleistete Arbeit. Es wird erfreulicherweise auch im Internationalen Arbeitsamt die Meinung vertreten, daß ein wirklicher Fortschritt in der Unfallbekämpfung nur durch die Zusammenarbeit von Unternehmern, Arbeitern und Aufsichtsbehörden herbeigeführt werden kann. Die volle Mitarbeit der Arbeiter sei dringend erforderlich. Wollte diese Mitarbeit kommen, dann dürfe man diese Mitarbeit nicht ausschalten. Die in Deutschland von den Bauarbeiterkongresskommissionen seit Jahrzehnten geleistete Arbeit wird als vorbildlich im internationalen Sinne bezeichnet. — Es ist für uns eine besondere Vergnügung, von dieser Stelle eine Anerkennung für unsere Arbeit zu finden, denn gerade das Internationale Arbeitsamt ist berufen, die in einem Lande gewonnenen Erkenntnisse auf andere Industrie- und Gewerbegebiete zu übertragen. Wir schließen daraus, daß es auch für die Zukunft notwendig ist, weiter vorzutreiben, denn noch ist die Zahl derer, die Leben und Gesundheit im Beruf lassen müssen, entsetzlich groß. Wir können diese Arbeit freudiger leisten, wenn wir die Gemüths haben, daß sie auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung und Nachahmung findet!

Konjunktionsgesellschaften und Reichsfinanzierung. In seinen Wahlreden hat der deutsche Reichskanzler hervorgehoben, daß die Reichsregierung nicht nur die Ortsbanken, sondern Tausende von Unternehmungen stützen müßte. Der Zentralverband Deutscher Konjunktionsvereine hatte für diese Kon-

